

Wahlen in Kolumbien: Der Kampf um Bogotá

Ende Oktober finden in Kolumbien Regional- und Kommunalwahlen statt. Während in vielen Teilen des Landes weitgehend Klarheit über Kandidaten und Koalitionen herrscht, ist in Bogotá noch vieles offen. Die über 8 Millionen Einwohner zählende Hauptstadt stellt mit dem Bürgermeister das nach dem Staatspräsidenten zweitwichtigste Amt im Land. Das nicht immer freiwillige Zögern möglicher Kandidaten und der Parteistrategen bis zum letztmöglichen Einschreibungszeitpunkt zeigt, wie problematisch das politische Hauptstadtterrain ist.

Diese Wahlen gelten als erstes Stimmungsbarmeter über die dann etwas mehr als ein Jahr amtierende Regierung der „Nationalen Einheit“ von Staatspräsident Santos und der Performance der diese tragenden vier Parteien. Zudem sind dies die letzten Wahlen vor den Kongress- und Präsidentschaftswahlen im Jahre 2014 und entscheidend für die mittelfristige machtpolitische Positionierung der Parteien.

Die personelle, deutlich weniger die inhaltliche Vorbereitung dieser Wahlen hat daher für die Parteien seit Monaten eine hohe Priorität. Gut fünf Monate vor den Wahlen haben die Parteien ihre kommunalen und regionalen Kandidaten, Listen und Koalitionsabsprachen weitgehend unter Dach und Fach. Die große Ausnahme ist die Hauptstadt Bogotá. Die Parteien tun sich erkennbar schwer, geeignete Kandidaten zu finden. Dies ist nicht nur ein Hinweis auf die schwierige politische Situation der Hauptstadt, sondern einmal mehr auf die reduzierte Fähigkeit der Parteien zur Rekrutierung von Führungsnachwuchs.

Die Ausgangslage

In den vergangenen acht Jahren wurde Bogotá von Bürgermeistern des Linksbündnisses „Polo Democrático Alternativo“ regiert. Zusammen mit dem Department Nariño im Südwesten des Landes waren dies die zentralen Bastionen des Polo. Die Unzufriedenheit mit dem Bürgermeister Samuel Moreno hatte in den vergangenen zwei Jahren jedoch derart zugenommen, dass zunehmend daran gezweifelt wurde, dass der Polo die Stadt auch mit einem unbelasteten Kandidaten, eine unmittelbare Wiederwahl des Bürgermeisters ist unzulässig, halten kann.

Vor wenigen Wochen nun wurde der Bruder Morenos, Senator des Polo, wegen Korruptionsvorwürfen im Zusammenhang mit einem Großbauprojekt in Bogotá verhaftet. Kurze Zeit später wurde der Bürgermeister selbst, dem ebenfalls eine Verwicklung in dieses „Karussell“ genannte Korruptionsszenario nachgesagt wird, durch die Procuraduría von seinem Amt suspendiert, bislang aber nur wegen mangelhafter Amtsführung.

Staatspräsident Santos ernannte die Erziehungsministerin seines Kabinetts zur provisorischen Bürgermeisterin und muss nun aus einer vom Polo vorgelegten, politisch wie juristisch höchst strittigen Dreier-Liste einen bis Ende des Jahres tätigen Übergangsbürgermeister bestimmen.

Dieses politische Desaster für den Polo, der bei den letzten Kommunalwahlen für Moreno rund 47% erreichte und 11 der 43 Stadträte errang, bietet für die anderen Parteien die Chance, sich neu zu positionieren.

Die Präsidentenpartei „de la U“

Von der „de la U“, Partei des Staatspräsidenten und stärkste politische Kraft im Kongress, zu behaupten, sie habe in der Hauptstadt eine nachvollziehbare Linie, wäre mehr als gewagt.

Während sich bestimmte Sektoren im Einklang mit dem ehemaligen Staatspräsidenten Uribe einen gemeinsamen Kandidaten Peñalosa, ehemaliger Bürgermeister von Bogotá und einer der drei führenden Politiker der GRÜNEN, vorstellen können, wird einem anderen Sektor, darunter dem Parteipräsidenten Lozano nachgesagt, dass sie mit dieser Kandidatur erhebliche Probleme haben.

Für eine Partei mit nationalem Führungsanspruch, die mit dem Kandidaten Santos im 2. Wahlgang der Präsidentschaftswahl in Bogotá rund 1,5 Mio. Stimmen erhalten hat, 7 der 18 Abgeordneten von Bogotá stellt und im Stadtrat als drittstärkste Fraktion über 7 Mitglieder (von insgesamt 43) verfügt ist es erstaunlich, dass sie nicht in der Lage ist, in Bogotá einen eigenen zugkräftigen Kandidaten zu präsentieren.

Auf der anderen Seite ist man allerdings auch nicht bereit, eine Wahlkoalition mit der Konservativen Partei einzugehen.

Ausgerechnet in der Hauptstadt scheint die „de la U“, die in der Regierung Santos erkennbar nicht mehr als der bedingungslose Bannerträger von Uribe fungiert, sondern sich in zentralen Fragen von ihm abgekehrt hat und Santos unterstützt, auf die Linie Uribes einzuschwenken.

Die Konservative Partei

Für die Konservative Partei (PCC), traditionell eher in ländlichen Gebieten verankert, stellt Bogotá die absolute Diaspora dar. Von den knapp 2,1 Millionen Stimmen bei den Wahlen 2007 erreichte der konservative Bürgermeister-Kandidat gerade einmal knapp 1% der Stimmen, von 43 Stadträten stellt die PCC einen. Bei den Kongresswahlen 2010 erhielt sie von 18 Abgeordneten für Bogotá lediglich einen, im 1. Wahlgang

der Präsidentschaftswahlen erreichte sie mit rund 122 000 Stimmen lediglich 4,35 % der Stimmen.

Im Grunde genommen könnte die Partei in Bogotá nur gewinnen. Die konservativen Parteistrukturen in Bogotá sind jedoch äußerst schwach, eine systematische und langfristig angelegte Erneuerung der Partei ist unabdingbar. Eine stärkere Präsenz im Stadtparlament könnte hierfür ein erster Anfang sein. Die Partei bräuchte hierfür allerdings einen attraktiven Kandidaten, der die Parteiliste mitzieht.

Die aus der „de la U“ zur PCC gewechselte Martha Lucía Ramírez, ehemalige Verteidigungsministerin und Senatorin, wäre ein solches Zugpferd gewesen, war aber nur zur Kandidatur bereit, wenn sie auch durch die „de la U“ unterstützt worden wäre. Da sie wegen ihrer Ablehnung einer zweiten Wiederwahl Uribes die „de la U“ jedoch im Streit verlassen hat, war dies letztlich keine realistische Option.

Mit Paulo Laserna, einem ehemaligen konservativen Stadtrat und Direktor von Caracol Televisión und seit dem Jahre 2000 wöchentlich auf dem Bildschirm präsenter Quizmaster hat die Konservative Partei einen denkbaren Kandidaten mit außerordentlich hohem Bekanntheitsgrad im Blick. Aber auch Laserna scheint eine Kandidatur nur als gemeinsame von PCC und „de la U“ in Betracht zu ziehen.

Aktuell ist zweifelhaft, dass dies gelingen könnte. Dies könnte bei der PCC dazu führen, dass sie nur die Stadtratsliste, aber keinen eigenen Bürgermeisterkandidaten präsentiert- ein politischer Offenbarungseid.

Die „GRÜNEN“

Für die GRÜNEN bedeuten die Oktober-Wahlen eine unter Umständen alles entscheidende Wegmarke. Nach den hohen Erwartungen im Präsidentschaftswahlkampf und der Niederlage gegen Santos war von der angekündigten Konsolidierung des Aufbruchs nicht viel zu spüren. Die kleine Kongressfraktion trat kaum in Erscheinung, das Führungstrio der Partei (Mockus, Peñalosa

und Garzón, alles ehemalige Bürgermeister von Bogotá) erregte eher Aufmerksamkeit durch die Offenbarung deutlicher Kommunikationsdefizite, der Schwung der "grünen Welle" des Präsidentenwahlkampfes konnte nicht in den politischen Alltag gerettet werden.

Die interne Absprache der Kandidatur von Enrique Peñalosa in Bogotá wurde frühzeitig durch die Uribe-Offensive belastet, der Peñalosa mit dessen Einverständnis seine Unterstützung zusicherte.

Ob Uribe selbst mit Peñalosa nur spielt und sich am letzten Einschreibungstag doch noch um den Bürgermeisterposten bewirbt, zählt zu den beliebten Hauptstadtthemen. Während einige Beobachter davon ausgehen, dass Uribe in diesem Amt die einzige Chance sieht, sein durch die Regierung Santos gefährdetes politisches Erbe retten zu können, sind andere davon überzeugt, dass Uribe das damit verbundene Risiko nicht eingeht. Dieses Risiko besteht nicht in einer Wahlniederlage, Uribe dürfte unangefochten im 1. Wahlgang gewählt werden. Allerdings würde er mit diesem Amt seine fortwährenden Immunitätsrechte als ehemaliger Staatspräsident verlieren und damit für die internationale Strafgerichtsverfolgung, die einige seiner Gegner anstreben, anfälliger werden.

Nach öffentlicher Kritik des grünen Präsidentschaftskandidaten und zweimaligen Bürgermeister von Bogotá, Mockus, der im 2. Präsidentschaftswahlgang rund 825 000 Stimmen in Bogotá erhalten hatte und als ausgesprochener Uribe-Gegner gilt, wurde zwar ein grüner Burgfriede geschlossen. Die Spekulationen halten jedoch an, ob Mockus diese als Verbiegung empfundene Linie tatsächlich wird mittragen können oder ob er sich doch noch davon distanzieren wird. Ob diese eventuelle Distanzierung in eine eigene unabhängige Kandidatur mündet oder er sich von Bogotá lossagt und für den Gouverneursposten in Cundinamarca kandidiert, zählt zu diesen anhaltenden Spekulationen.

Das liberale Spektrum

Die Liberalen (PL) werden mit David Luna ins Rennen gehen, der aus der PL entstandene Cambio Radical mit Carlos Fernando Galán, Sohn des 1989 ermordeten liberalen Politikers und Präsidentschaftskandidaten Luis Carlos Galán. In ersten Umfragen ist allerdings erkennbar, dass keiner der beiden als aussichtsreiche Option wahrgenommen wird.

Die Wiederannäherung von PL und CR, deren Kongressfraktionen sich vor einigen Monaten in einem ersten Schritt eines Prozesses der parteiorganisatorischen Wiedervereinigung zu einer Fraktion zusammengeschlossen haben, hat zumindest in Bogotá nicht für eine gemeinsame liberale Kandidatur ausgereicht.

Die Ursache dieser Doppelkandidatur könnte auch in einem der angestrebten Parteifusion vorgelagerten Kräfteressen zwischen den beiden Parteien und vor allem dem ehemaligen CR-Präsidentschaftskandidaten und jetzigen Justiz- und Innenminister Vargas Lleras liegen.

Der CR schnitt in den vergangenen Wahlen in Bogotá signifikant besser ab als die PL. Im 1. Wahlgang des Präsidentschaftswahlkampfes erreichte der CR fast sechsmal so viel Stimmen wie der liberale Kandidat, im Stadtrat von Bogotá konnte der CR mit 11 Mandaten dem Polo gleichziehen (die PL erreichte nur 6).

Eine Konsolidierung der Position des CR und Vargas Lleras in Bogotá dürfte eine wichtige Rolle spielen für die künftige Gewichtsverteilung zwischen beiden Parteien, könnte sogar den angestrebten Einigungsprozess verhindern, ist aber auf jeden Fall relevant für die Präsidentschaftsambition von Vargas Lleras.

Der Polo Democrático

Das Linksbündnis Polo steht vor der wohl schwierigsten Situation seiner recht jungen Geschichte. Es gilt als unwahrscheinlich, dass der Polo in der Lage sein wird, einen starken originären Kandidaten aufzubieten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

PROF. DR. STEFAN JOST

Mai 2011

[www.kas.de / kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)

Dennoch sollte das Wählerpotential in der von vielen sozialen Problemen belasteten Metropole nicht unterschätzt werden. Offen ist, wer davon profitieren kann: Ein aus der Not geborener Polo-Kandidat oder der ehemalige Polo-Präsidentschaftskandidat Gustavo Petro. Petro stand noch vor den Kongress- und Präsidentschaftswahlen des Jahres 2010 an der Spitze derjenigen, die Misswirtschaft und Korruption in der Polo-Regierung Bogotás öffentlich angeprangert haben. Im 1. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen erzielte er in Bogotá rund 241 000 Stimmen. Nach den Wahlen trat er aus dem Polo aus und gründete das „Movimiento Progresista“.

Nach den ihn bestätigenden Ereignissen der letzten Wochen um die Brüder Moreno könnte Petro mit einer Kandidatur in Bogotá zum externen Auffangbecken ehemaliger Polo-Wähler werden und auch im Falle eines lediglichen Achtungserfolges seine Präsidentschaftsambitionen weiter verfolgen.

Ob der Polo den absehbaren Verlust von Bogotá politisch überleben wird, oder ob es zu einer Aufsplitterung und Neuorientierung der verschiedenen Strömungen des Polo unter dem Dach anderer politischer Kräfte kommt, bleibt abzuwarten.

Unabhängige Kandidaturen

Die durch die letzte Reform erschwerten unabhängigen Kandidaturen dürften sich auf die der ehemaligen „de la U“-Politikerin Gina Parody beschränken, die sich wegen ihrer Kritik an Uribe für geraume Zeit aus der aktiven Politik zurückgezogen hatte.

Bei der vorletzten Senatswahl 2006 erhielt sie den Großteil ihrer 85 000 Stimmen in Bogotá. Für ihre unabhängige Kandidatur bedarf sie 50 000 Stimmen zur Einschreibung.

Ausblick

Der innerparteiliche Kandidatenendspurt und die noch ausstehenden Entscheidungen über Koalitionen zwischen den verschiedenen politischen Kräften dürften den Parteien

und der Öffentlichkeit noch einige spannenden Wochen bereiten.

Ergebnisse von Kongress- und Präsidentschaftswahlen sind in Kolumbien traditionell für lokale und regionale Entscheidungen nur begrenzt aussagekräftig. Kommunal- und Regionalwahlen werden von vielen anderen Entscheidungsstrukturen und Orientierungen beeinflusst als nationale Wahlgänge.

Im Falle Bogotás gilt sogar die umgekehrte Regel: Wer in Bogotá nicht punktet, dessen nationale Machtperspektive ist deutlich begrenzt. Diese Erfahrung wird vor allem vor dem Hintergrund einer nicht sicheren erneuten Kandidatur von Santos für das Amt des Staatspräsidenten die politische Auseinandersetzung der nächsten Monate prägen.

Der eigentliche Kampf um Bogotá steht noch bevor.